

agah • Kaiser-Friedrich-Ring 31 • 65185 Wiesbaden

An den
Hessischen Landtag
Enquetekommission Migration & Integration
z.Hd. Herrn Holger Bellino
Schlossplatz 1 - 3
65183 Wiesbaden

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen -
Landesausländerbeirat

Geschäftsstelle:
Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611/98 99 5-0
Telefax: 0611/98 99 5-18
agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 29. April 2010
ze

EKM-Anhörung am 07.05.10
Ihr Schreiben ohne Datum (Az.: I A 2.3)

Sehr geehrter Herr Bellino,

ich danke Ihnen vielmals für Ihr o.g. Schreiben, das hier am 27. April 2010
eingegangen ist.

Gerne komme ich der darin geäußerten Bitte nach und übersende Ihnen das
gewünschte Thesenpapier zu den Themenfeldern "Sprache" und "Bildung".

Auf die formulierten Fragen werde ich in meinen mündlichen Ausführungen während
der Anhörung am 07.05.10 eingehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Corrado Di Benedetto
Vorsitzender


i.A. Stefan Zelder

Anlage

Bankverbindung:
SEB Wiesbaden
Konto 103 197 3100
BLZ 510 101 11

A) Thesen zum Aspekt "Sprache"

- Die (deutsche) Sprache beziehungsweise der Spracherwerb stellen für Menschen mit Migrationshintergrund eine besondere Herausforderung dar.
- Viele Menschen mit Migrationshintergrund verfügen über Kenntnisse in mehreren Sprachen und praktizieren in ihrem Alltag regelmäßig Mehrsprachigkeit. Dies ist positiv zu bewerten!
- Kenntnisse in unterschiedlichen Sprachen entfalten sowohl für den Einzelnen als auch für die gesamte Gesellschaft einen besonderen Nutzen. Als Ressource und Zusatzqualifikation im Arbeits- und Wirtschaftsleben gewinnt der Aspekt Mehrsprachigkeit zunehmend an Bedeutung.
- Mehrsprachigkeit stellt prinzipiell eine kulturelle Bereicherung dar, die oftmals einhergeht mit Wertschätzung, Respekt und Toleranz für andere Kulturen und Weltanschauungen. Letztgenannte Aspekte haben positive Auswirkungen auf das Zusammenleben in einer Gesellschaft, die zunehmend multiethnisch geprägt ist.
- Die Europäische Kommission hat mit dem jährlichen „Europäischen Tag der Sprachen“ die Bedeutung von Mehrsprachigkeit entsprechend gewürdigt. Der Erhalt, die Förderung und der Ausbau von Mehrsprachigkeit ist ihr erklärtes Ziel. Diese Anliegen sollten auch in der Landespolitik der Bundesländer Umsetzung finden.
- Da Menschen mit Migrationshintergrund in der Regel über Mehrsprachigkeitskompetenz verfügen, erfüllen sie bereits heute ein Qualifikationsmerkmal, das auf viele Angehörige der Mehrheitsgesellschaft nicht zutrifft. Dies positiv zu würdigen und anzuerkennen fördert die generelle Integrationsbereitschaft und stärkt das Selbstwertgefühl von zugewanderten Menschen und deren Angehörigen.
- Die Wertschätzung von Sprachkompetenz muss einhergehen mit entsprechenden schulischen Angeboten, zu dem insbesondere auch der herkunftssprachliche Unterricht gehört. Dieser ist didaktisch, methodisch und pädagogisch zu reformieren und als versetzungsrelevantes Fach an hessischen Schulen auszuweiten - in Verantwortung des Hessischen Kultusministeriums.

- Eine einseitige Fixierung auf die Vermittlung der deutschen Sprache beziehungsweise die Deutsch-Sprachförderung als vorrangige Aufgabe würde der Wichtigkeit von Mehrsprachigkeit nicht gerecht.
- Ausreichende Deutsch-Sprachkenntnisse stellen jedoch eine fundamentale Basis für die individuelle Entwicklung, Teilhabe und die Wahrnehmung von Bildungs- und Berufschancen dar. Daher müssen diesbezügliche Defizite kompensiert werden. Motivierend wirkt hierbei zweifelsohne die Akzeptanz der Herkunftssprache, deren hoher Stellenwert auch staatlicherseits immer wieder betont werden muss.
- Kontextbezogen muss eine genaue Analyse des Analphabetismus-Problems und dessen umfassende Berücksichtigung in Kindergarten, Schule und Erwachsenenwelt erfolgen. Bei Alphabetisierungsbedarf sind entsprechende Angebote flankierend zu organisieren, damit grundsätzliche Voraussetzungen für (Deutsch-) Spracherwerb gegeben sind.
- Neuzuwanderinnen haben Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs. Diese Frauen müssen in der Regel bereits bei der Einreise über Deutschsprachkenntnisse verfügen. Dennoch müssen die erlernten Deutschkenntnisse weiter angewandt werden, damit sie sich verfestigen. Gerade junge Mütter mit Kleinkindern bis zum Alter von drei Jahren fehlt es jedoch oftmals an einer Gelegenheit dazu. „Mama lernt Deutsch“-Kurse setzen erst später an, wenn die Kinder bereits Grundschulen und Kindergärten besuchen. Müttern von Kleinkindern unter 3 Jahren steht kein ausreichendes Angebot zur Verfügung. Die Angebotspalette bei den Sprachlehrangeboten ist daher stetig um Angebote, die noch stärker als bisher auf die persönlichen und familiären Bedürfnisse von Frauen mit Migrationshintergrund eingehen, zu erweitern.

B) Thesen zum Aspekt "Bildung"

- Wie für die gesamte Bundesrepublik, so gilt auch für Hessen, dass die Zahl von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund - bei allgemein sinkenden Geburtenzahlen - tendenziell zunimmt. Mittlerweile entstammen gut ein Drittel der in Hessen lebenden unter 12-jährigen Kinder aus Zuwandererfamilien oder binationalen Ehen und Partnerschaften. Dies muss eine an der Lebenswirklichkeit orientierte Schul- und Bildungspolitik beachten. Hieraus erwachsen besondere Herausforderungen, die zukünftig einer noch viel stärkeren Hinwendung bedürfen. Nur so lassen sich Fehlentwicklungen schon frühzeitig vermeiden, die ansonsten zu einem späteren Zeitpunkt „ressourcenintensiv“ behoben werden müssten.

- Eine dieser Herausforderungen ist die Frage nach dem Rahmen, der vorhanden sein muss, damit alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen und unabhängig von Herkunft und Status ihre individuellen Entwicklungsmöglichkeiten (Chancen) wahrnehmen können – ohne Gefahr laufen zu müssen, (schon frühzeitig) ausgegrenzt und benachteiligt zu werden.
- Bildung und Schule sind für alle Kinder und Jugendliche wichtige Bausteine in ihrer individuellen Entwicklung und Sozialisation.
- Schule und Bildung haben heute mehr denn je Einfluss auf den individuellen Lebensweg und die Teilhabe am späteren gesellschaftlichen Leben. Daher müssen Bildung, Fertigungs- und Wissensvermittlung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe von herausragendem Rang begriffen werden.
- Die Ressourcenunterversorgung (personell, finanziell und sächlich), unter der der "Bildungsbereich" seit Jahrzehnten leidet, muss umgehend beendet werden.
- Verschiedene Bildungsstudien haben in der jüngsten Vergangenheit das deutsche Schul- und Bildungssystem durchleuchtet und (zutreffend) analysiert. Aus den Erkenntnissen müssen nun entsprechenden Konsequenzen resultieren!
- Auch im hessischen Schul- und Bildungssystem laufen insbesondere Schülerinnen und Schüler aus Zuwandererfamilien Gefahr, „abgehängt“ zu werden. Die in den letzten Jahren in Hessen vorgenommenen schulorganisatorischen Veränderungen (z. B. faktische Abschaffung der Förderstufe und der integrierten Gesamtschule, Schulzeitverkürzung und Stoffverdichtung, etc.) haben diesen Trend beschleunigt.
- Systemimmanente Benachteiligungen für bestimmte Schülergruppen (in erster Linie Kinder mit Migrationshintergrund) sind offenkundig. Einer hohen Zahl von Schulabbrechern oder einem überproportionalen hohen Anteil unter den Haupt- und Förderschülern stehen nur niedrige Zahlen hinsichtlich ihres Anteils im gymnasialen Bildungsgang gegenüber : In hohen Bildungsniveaus sind sie unterrepräsentiert, in niedrigen Bildungsniveaus überrepräsentiert.
- Ein grundlegender und umfassender organisatorisch-struktureller und inhaltlicher Paradigmenwechsel in der Schul- und Bildungspolitik ist notwendig. Langes gemeinsames Lernen (keine Differenzierung nach Klasse 4), Binnendifferenzierung statt Kurseinstufung, flächendeckende Förderstufe und gebührende Berücksichtigung individueller Entwicklungsphasen, Ausbau der integrierten Gesamtschule, Abschaffung der Haupt- und Förderschulen

und Förderung in der Regelschule (z.B. Integrationsklassen) seien hier genannte Stichworte, zu denen auch der flächendeckende Ausbau qualifizierter Ganztagschulen gehört.

- Interkulturelle Aspekte und Qualifikationen müssen verstärkt verbindlicher Bestandteil der Lehrer- und Erzieheraus- und fortbildung werden. Der Anteil von Pädagogen mit Migrationshintergrund bzw. Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund an Schulen bzw. in vorschulischen Einrichtungen ist zu erhöhen. Damit ließe sich die Akzeptanz dieser Bildungsorte erhöhen und ihre Integrationskraft stärken. Auch eine umfassende Überarbeitung der Schulbücher und Lernmaterialien im Kontext der multiethnischen Realität könnten dies bewirken.